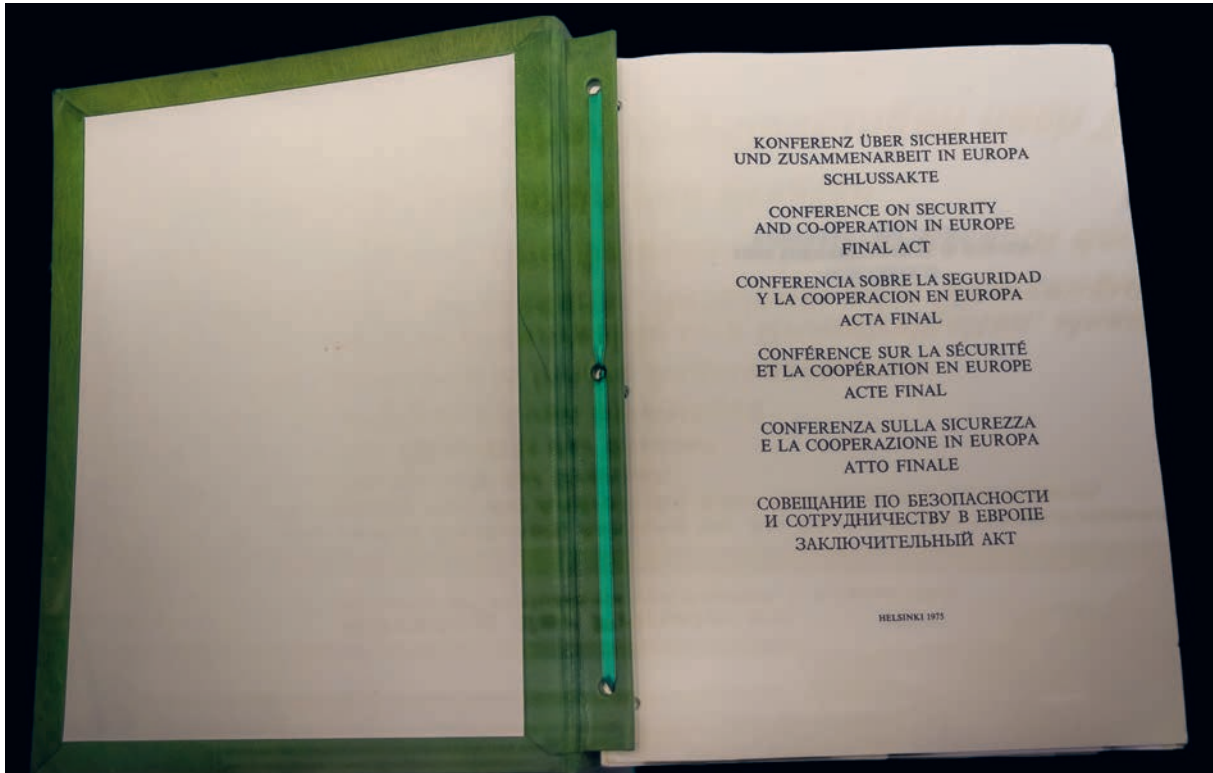




Rundbrief

Juni 2025



Schlussakte von Helsinki 1975

Foto: © Wikimedia Commons

Liebe Leserschaft

50 Jahre ist es her, dass die **Helsinki-Schlussakte unterzeichnet** und damit der Grundstein für die Hoffnung auf mehr Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte in Europa gelegt wurde. Nicht zuletzt entspringt auch die **Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV)** diesem wegweisenden Dokument, weshalb wir den vorliegenden Rundbrief zum Anlass nehmen, uns eingehend mit «Helsinki» und allem, was folgte, zu befassen. Besondere Aktualität erhält das Thema nicht zuletzt durch die Übernahme des OSZE-Vorsitzes durch die Schweiz für 2026.

Im Interview mit Franziska Rich erzählt Marianne von Grünigen, ehemalige SHV-Präsidentin (2003–2016) und SHV-Ehrenpräsidentin, von den Dynamiken innerhalb der KSZE, der Schlussakte von Helsinki 1975 und der Charta von Paris 1990 und was dies für die heutige OSZE mit ihren grossen Aufgaben bedeuten mag.

Dmitri Makarov spannt den Bogen ebenfalls von der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki über die aktuellen Herausforderungen bis hin zu einer richtungsweisenden Bewegung «Helsinki+» und streicht dabei die **Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure** hervor. Zu der **Rolle der Civic Solidarity Platform (CSP)** schreibt **Natascha Cerny Ehtesham** und macht deutlich, wie die von der CSP organisierten «expert seminars» unterschiedliche thematische Dimensionen aktueller Krisen angehen.

Im Frühjahr fanden zwei Veranstaltungen der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung statt. Der **interne Zukunftsworkshop** diente der **Weiterentwicklung der Visionen und Zielsetzungen der SHV**. Sie lesen weiter von den aktuellen **Dekolonisierungs-Diskursen in Kirgistan**, wie sie **Zarina Urmanbetova** an der SHV-Veranstaltung erörterte.

Schliesslich weisen wir Sie herzlich darauf hin, dass der SHV-Rundbrief neu als **SHV-Newsletter** sowohl per E-Mail als auch per Post zugestellt wird. Auf unserer Website können Sie sich **für den elektronischen Newsletter anmelden** (<https://www.shv-ch.org/rundbrief>).

Eine gute Lektüre wünscht

Michèle Häfliger, Redakteurin

IM GESPRÄCH MIT MARIANNE VON GRÜNIGEN: «DIE BEDEUTUNG IST IMMER NOCH SEHR GROSS»

Marianne von Grünigen wurde nach Françoise Pometta als zweite Frau Schweizer Botschafterin. Von Januar 1987 bis November 1989 vertrat sie unser Land in Helsinki. Anschliessend übernahm sie in Bern die Leitung der neu gegründeten Politischen Abteilung III für Frieden, Sicherheit und Abrüstung des EDA, die auch für die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zuständig war. In dieser Funktion war sie Delegationschefin bei den verschiedenen KSZE-Konferenzen. Insbesondere moderierte sie bei den Verhandlungen der Charta von Paris für ein Neues Europa, die als Fortsetzung der Schlussakte von Helsinki von 1975 gedacht war, den Mittelteil über die zukünftigen Aufgaben der KSZE nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Charta wurde in Wien ausgehandelt und an einem Gipfeltreffen vom 19.-21. November 1990 in Paris von allen Staats- oder Regierungschefs der damals 34 Teilnehmerstaaten unterzeichnet. 1993 wurde sie Botschafterin in Ägypten und Sudan. 1997 kehrte sie als Chefin der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE, die umgewandelte KSZE) und gleichzeitige Chefin der Ständigen Vertretung der Schweiz bei den Vereinten Nationen und den internationalen Organisationen nach Wien zurück. Nach ihrer Pensionierung präsidierte sie von 2003 bis 2016 die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV). Im Gespräch mit SHV-Vorstandsmitglied Franziska Rich schildert sie einige ihrer Einblicke zur Entstehung und zu den Nachwirkungen der KSZE und zur OSZE.



Marianne von Grünigen

Bild zVg

Wir feiern dieses Jahr das 50-jährige Jubiläum der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte. Eine interessante Frage für die jüngere Generation, die sich nicht mehr an jene Zeit erinnern kann, ist die, welche politische Situation in Europa damals herrschte, damit die KSZE zusammenkommen und die Schlussakte unterzeichnet

werden konnte. Rückblickend ist es fast ein Wunder, dass ein solches Dokument zustande kam.

Das ist eine ausgezeichnete Aussage. Man muss sagen, dass die politische Situation nicht besonders geeignet für das Zustandekommen eines solchen Kompromissdokuments war. Als die Diskussion begann, herrschte Kalter Krieg zwischen Ost und West. Die KSZE trug massgeblich dazu bei, dass das Klima besser wurde. Ursprünglich wollte die Sowjetunion schon seit den 1950er-Jahren eine Konferenz haben, um die Grenzen in Europa in ihrem Sinne zu sichern und damit auch ihren Einflussbereich in Osteuropa. Dies wurde jedoch von den westlichen Ländern abgelehnt. Unter US-Präsident Nixon setzte eine gewisse Entspannungspolitik ein und da kam der Vorschlag des Westens, die Sicherheitsfragen durch die «Menschliche Dimension», das heisst Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte sowie Wirtschaftsfragen als Instrument für eine engere Zusammenarbeit zu ergänzen. So haben sich beide Seiten mitten im Kalten Krieg dazu bereitgefunden, zu versuchen, eine Konferenz zu wagen. Diese Konferenz wurde dann sehr sorgsam vorbereitet. Wir haben es den Finnen zu verdanken, dass alles so perfekt lief. Die erste

Begegnung zwischen Ost und West fand in Espoo 1972 in der Nähe von Helsinki statt. Da konnten sich alle europäischen Staaten inklusive USA und Kanada zum ersten Mal darauf einigen, an einem Tisch zusammzukommen. Die Finnen machten das diplomatisch geschickt und setzten die teilnehmenden Staaten in alphabetischer Reihenfolge um den Tisch. Sie wählten dabei das französische Alphabet, damit die beiden deutschen Staaten nebeneinander zu sitzen kamen und sich austauschen konnten. Die Verhandlungen fanden auf gleichberechtigter Ebene statt. Für die Beschlussfassung galt das Konsensprinzip. Zusätzlich koordinierten sich die Teilnehmerstaaten in drei Gruppen, der NATO, dem Warschauer Pakt und der Gruppe der neutralen und blockfreien Staaten (N+N), zu der neben Finnland, Österreich, Schweden und der Schweiz auch Jugoslawien, Liechtenstein, Malta, San Marino und Zypern gehörten. Die N+N übernahmen in der Folge bei den Verhandlungen oft auch eine Vermittlerrolle. Verhandelt wurden die drei Themen Sicherheit, Wirtschaft und Menschliche Dimension in drei «Körben». Die Körbe waren übrigens ein Schweizer Vorschlag. Die eigentlichen Verhandlungen in den drei Körben wurden ab September 1973 in Genf geführt. Die Schlussakte, die wir in diesem Jahr feiern, wurde dann in Helsinki am 1. August 1975 von den Staats- oder Regierungschefs unterzeichnet.

Es ist interessant, was du über die Finnen und ihre Taktik bei diesen Verhandlungen sagst. Dass sie die beiden deutschen Staaten nebeneinander zu sitzen kamen, hatte sicher auch Folgen?

Genau, die Voraussetzung, dass überhaupt dieses Um-einen-Tisch-Sitzen zustande kam, war unter anderem auch, dass Willy Brandt als Kanzler Westdeutschlands, also der Bundesrepublik Deutschland, es fertigbrachte, mit Ostdeutschland, das heisst der DDR, 1972 einen bilateralen Vertrag, den sogenannten Grundlagenvertrag über gutnachbarliche Beziehungen, auszuhandeln. Dieser erlaubte den gegenseitigen Besuch von Verwandten bei gewissen Gelegenheiten, Todesfällen usw., was die Menschen im geteilten Deutschland etwas näher zueinander brachte. Das war wie der Anfang eines Zusammenspiels, das dann im Fall der Mauer einige Jahre später endete. Genau dieser Vertrag war auch Voraussetzung, nicht nur für die KSZE, sondern auch dass die DDR und die Bundesrepublik Mitglieder der UNO werden konnten.

Du misst der Schlussakte von Helsinki, also eine sehr grosse Bedeutung zu. Wie siehst du das heute aus der Retrospektive? Ist diese Bedeutung noch ebenso groß oder hat sie sich geändert?

Ja, die Bedeutung ist immer noch sehr gross. Als der Kalte Krieg ein Ende fand, hat die KSZE ein zweites Dokument, die sogenannte «Charta für ein

neues Europa» von Paris von 1990, ausgearbeitet, die als Fortsetzung der Schlussakte gedacht war. Das hat man immer wieder in der Charta selbst und während der Verhandlungen betont. Die Schlussakte ist somit das Urdocument der Zusammenarbeit in Europa. Die Charta erweiterte dies und gewisse Dinge, die man 1973 oder 1975 auf beiden Seiten noch nicht akzeptieren konnte, wurden 1990 festgeschrieben. So wurden die Prinzipien der Schlussakte ergänzt, künftige neue Aktivitäten aufgezählt und mit der Institutionalisierung der KSZE begonnen. Die Charta von Paris war also eine Weiterentwicklung für die Zeit nach dem Ende des Kalten Krieges. Und ich persönlich bleibe der Ansicht, dass beides Dokumente sind, die wir in Europa bewahren sollten als Grundlage dafür, wie sich die Zusammenarbeit in Europa eigentlich gestalten sollte. Auch wenn wir jetzt ein völliges Durcheinander in Europa haben, sollten wir uns daran erinnern und versuchen, über den Kriege Russlands gegen die Ukraine hinaus – wenn es dann wieder einmal mindestens einen Waffenstillstand und hoffentlich einen dauerhaften Frieden gibt – wieder zu diesem Zusammenleben zu gelangen. Mit der Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris bestehen sehr gute Dokumente, wirkliche Stützen, die als Grundlage dafür erhalten bleiben sollten.

Da sind noch die Zivilgesellschaften. Wie haben diese auf die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte reagiert?

Das kam natürlich sehr darauf an, ob im Osten oder Westen. Für die Bevölkerung in der Sowjetunion war beispielsweise die Verpflichtung der Teilnehmerstaaten, den Text der Helsinki-Schlussakte zu veröffentlichen, ein Glücksfall, da die Menschen im Lande damit erstmals «offiziell» auf Themen wie Demokratie und Menschenrechte aufmerksam gemacht wurden und darüber diskutieren konnten. Bereits im folgenden Jahr haben in Moskau einige der sogenannten Dissidenten die Moskauer Helsinki-Gruppe gegründet, mit der sie eben diese Elemente der Schlussakte zum Tragen bringen wollten. Zu ihnen gehörten bekannte Persönlichkeiten wie Ljudmila Alexejewa und Jurij Orlow. Sie mussten aber sehr schnell ihre Tätigkeit offiziell wieder aufgeben. Die Gruppe wurde von oben herab aufgelöst, aber die Initiativen blieben. In der Tschechoslowakei entstand die Charta 77 und auch in anderen osteuropäischen Staaten wurden die Helsinki-Komitees sehr wichtige Bürgerrechtsbewegungen. In der Schweiz versuchte man, ein internationales Zentrum für die Umsetzung der KSZE-Prinzipien zu schaffen und die Helsinki-Gruppen in westlichen Staaten, die das gesamte Gebiet der KSZE umfassen sollten, dafür zu gewinnen. Bei uns hat man also zunächst den internationalen Ansatz verfolgt und ist erst 1986 zur Gründung der heutigen Schweizerischen Helsinki-Vereinigung zurückgekehrt. Die Geschichte, wie es dazu kam, ist recht kompliziert.

Haben auch Parlamentarier die Helsinki-Bewegung mitgetragen?

Ja, in der Schweiz waren auch Parlamentarier beteiligt, beispielsweise Nationalrat Walter Hofer, Professor für neuere Geschichte an der Universität Bern. Bis zu ihrer Wahl als erste Bundesrätin der Schweiz war Elisabeth Kopp Präsidentin des Internationalen Helsinki-Vereins. Und dann vor allem auch Altbundesrat Rudolf Friedrich, der von 1978 bis 2003 Präsident der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung war. Die Helsinki-Bewegung erlangte dadurch einen hochrangigen Status in der Schweiz und versuchte, im Osten wie im Westen die demokratischen Einrichtungen und die Menschenrechte zu fördern, aber auch zu mehr Sicherheit beizutragen. Solange NATO und Warschauer Pakt miteinander verhandelten, agierte die Schweiz außerhalb der üblichen OSZE-Gremien für die Abrüstungsverhandlungen. Sie machte aber mit bei der Gruppe über vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich. Da war die Schweiz dabei wie alle anderen N+N-Länder. Sie insistierte stark, dass die beiden Körbe «Menschenrechte» und «Sicherheit» sich bei den Verhandlungen die Waage hielten. Später meinte man sogar, dass Sicherheit und Menschenrechte verschiedene Dimensionen derselben Grundfrage von Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa sind, was heute gelegentlich wiederum in Frage gestellt wird.



Bild SHV

Wie siehst du die Bedeutung der OSZE heute? Welche Herausforderungen stehen vor ihr und welche Chancen hat sie für die Entwicklungen in Europa als ein politisches Instrument, das darauf ausgerichtet ist, alle Staaten auf gleichberechtigte Weise bei der Lösung von Problemen einzubeziehen?

Das ist genau das Problem, in dem wir jetzt stecken. Im Moment ist es nicht erstaunlich, dass die OSZE im Zusammenspiel der multilateralen Organisationen in Europa etwas in den Hintergrund getreten ist. Die Staaten sind zerstritten wegen des Krieges Russlands gegen die Ukraine und der damit verbundenen

Bedrohungen. Da braucht es Gegengewichte. Deshalb meine ich, haben die NATO und die Europäische Union heute ein grösseres Gewicht als die OSZE, die eben auch Russland einbindet. Und meines Erachtens muss man sehr Acht geben, dass man bei den Treffen der OSZE auch Russland immer einlädt. Es gehört zur OSZE und zu deren Sinn, dass man auch in weniger guten Zeiten – und so schlimme wie heute gab es sie seit 1975 nicht mehr – immer noch die Möglichkeit hat, am gleichen Tisch zu sitzen. Für die OSZE ist dies derzeit enorm schwierig, aber vielleicht lohnt es sich trotzdem, weiterzumachen, auch wenn man sich bewusst sein muss, dass man im Moment im heutigen Europa nicht an erster Stelle steht. Doch sollten die Zeiten wieder friedlicher werden – und diese kommen bestimmt eines Tages – kann die OSZE erneut eine stärkere Rolle spielen. Ich würde die OSZE nicht für überholt oder gar für verloren halten, aber im Moment steht sie nicht im Vordergrund.

Hast du Ideen für die SHV, was Aufgaben oder Herausforderungen für heute oder die Zeit nach dem Krieg in der Ukraine sein könnten?

Ich möchte mich da eher zurückhalten, da ich nicht mehr Präsidentin bin. Es ist Sache der neuen Generationen in der neuen Zeit, diese Frage zu beantworten. Die SHV muss sich einfach des Grundkonzepts der OSZE bewusst sein, das sie vertritt. Sie ist nicht einfach irgendeine Menschenrechtsorganisation, also eine NGO wie viele andere auch, sondern hat die spezielle Verantwortung für die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte im Sinne der OSZE und die Aufgabe, einen Beitrag zu ihrer Umsetzung zu leisten. Wenn die Zeiten wieder friedlicher werden, wird es sich sicher weisen, was in diesem Bereich zu tun möglich ist. Was ich mir wünsche, ist, dass die Helsinki-Vereinigung weiterhin mit gleichgesinnten Gruppierungen in anderen europäischen Staaten zusammenarbeitet und sich nicht nur auf die Schweiz konzentriert. Denn dazu haben wir auch andere Organisationen. Vielleicht ist es jetzt gerade schwierig, menschenrechtliche Projekte in der Ukraine und anderen gefährdeten Gebieten zu verwirklichen, solange der Krieg wütet. Aber warum dennoch nicht einmal mit Ukrainern zusammensitzen und mit Ihnen sehen, was man für ihr Land im OSZE-Bereich tun könnte? Ich glaube, was ganz wichtig ist, dass man immer ganz lebendig bleibt und den Dialog mit Betroffenen in den OSZE-Ländern sucht.

Für das Interview:
Franziska Rich, Vorstandsmitglied

FROM HELSINKI 1975 TO HELSINKI+50: MAKING HELSINKI PRINCIPLES WORK TODAY

Fifty years after the signing of the Helsinki Final Act, we—activists, human rights defenders, and engaged citizens—stand at a crossroads. The principles laid out in 1975—respect for human rights, peaceful coexistence, and accountability beyond borders—remain essential and urgently needed. Yet they are undermined not only by war and repression, but by indifference, institutional fatigue, and democratic erosion. The question we face is not only whether these principles still matter, but how they can be revived and reasserted.

From Principles to Movement

The Helsinki movement was born from an act of unexpected transformation: a Cold War accord between states became a mobilizing force for citizens. Dissidents in the Soviet Union, joined by allies in Central Europe and the West, interpreted the Final Act as a moral and political commitment. They formed watchdog groups, documented violations, and insisted that human rights were a matter of shared international responsibility.

As Paul Goldberg recounts in *Final Act*, a group of determined idealists transformed vague declarations into action—balancing principle and pragmatism, law and conscience. Historians like Sarah B. Snyder have shown how this civic interpretation reshaped diplomacy. The so-called “third basket” of the Accords—the human dimension—became not a footnote but a catalyst. The Conference on Security and Cooperation in Europe (CSCE) evolved into the OSCE, where civil society carved out spaces to be heard.

A Double Legacy Under Threat

The legacy of Helsinki is twofold: institutional and civic. The OSCE spearheaded the notion of comprehensive security that integrated human rights and the rule of law with political and military cooperation. It established mechanisms for human rights monitoring, media freedom, minority protection, and conflict prevention that offered operational meaning to human dimension commitments. Meanwhile, civil society created its own architecture—Helsinki Committees, transnational monitoring networks, and civic solidarity campaigns that advanced accountability from below.

Today, both legacies are under threat. The OSCE has struggled to prevent or respond adequately to the largest war in Europe since 1945. Its consensus-based structure is paralyzed by obstruction from regimes that openly violate its principles. Civil society’s role has been pushed to the margins, often limited to symbolic appearances.

Yet the greatest danger lies in forgetting that the Helsinki process was once a living dialogue between states and societies. It must become one again.

From Cold War to Present Crises

Today’s civic actors face new frontlines: full scale aggression in the middle of Europe, new militarism, authoritarian crackdowns on assembly, association and speech, but also climate collapse, transborder corrup-

tion and extractivism, crony capitalism and oligarchy, propaganda wars and minimization of democracy. Governments on both sides of Vienna denounce international cooperation and focus on military spending and hard security, forgetting its human dimension.

Yet this is not only a military or institutional crisis—it is also conceptual. Can we still envision a Europe that doesn’t stop at the EU’s borders? Can we still insist that rights and dignity are matters of common security? Can civil society, once again, serve as a bridge across political divides?

As Lyudmila Alexeyeva, one of the legendary founders of the Moscow Helsinki group, warned in her final address, we must “go out to the people, leave the comfortable ghetto of like-minded circles, and engage new generations with new language, new approaches, and new hope.” The Spirit of Helsinki was never only about East and West—but about accountability, solidarity, and a belief that people can speak truth to power across borders.

Crisis as Opportunity

We are at a turning point. If the OSCE is to survive its current crisis, it must be reimagined—not just from above, but from below.

This crisis offers an opportunity for a renewed pan-European security system that is based on human security rather than national security, multilateralism rather than geopolitics. Human security has human rights, the rule of law and justice at its core and is about the security of individuals and the communities in which they live.

Achieving that is impossible without civil society reclaiming its role as a transformative actor. The movement must evolve, which means rethinking participation—not as symbolic appearances at conferences, content with access and applause, but as co-design of policy, monitoring of commitments, and long-term partnerships for peace and justice. This requires treating civil society not as a stakeholder to be heard once a year, but as an equal actor in shaping the future of the OSCE and the Helsinki process. It also means embedding participation across all OSCE dimensions—not only in human rights, but also in economic, environmental, and security processes. Civil society must be reimagined not as a consultative category, but as a co-designer of agendas, a monitor of implementation, and a source of strategic innovation. As Alexeyeva warned, the human rights movement cannot afford to become either bureaucratized or

sectarian. It must be expansive, relational, and power-building.

A Call for the Next Fifty Years

The original Helsinki movement dared to claim that human dignity and rights are not only internal concerns, but shared obligations and matters of common security. The Helsinki ethos is not nostalgia—it is an imperative for justice, solidarity, and civic power. Today, as war, environmental collapse, and repression escalate, this claim is more urgent than ever.

We need a Helsinki+ movement: one that speaks across borders and disciplines, that defends rights in

courtrooms, classrooms, communities, and crisis zones. One that organizes—not just recommends. Builds power—not just seeks access. And reimagines—not just commemorates.

Fifty years on, the Helsinki spirit calls again—from below.

Dmitri Makarov, co-chair of the Moscow Helsinki group

Call to action: Send your reactions and ideas to info@shv-ch.org, we are eager to hear from you!

LOOKING AHEAD AT 50: CIVIL SOCIETY REFLECTS ON THE OSCE IN TIMES OF CRISIS



Bild Civic Solidarity Platform

As the 50th anniversary of the Helsinki Final Act approaches on 1 August 2025, the Helsinki+50 reflection process—a civil society-led initiative—has brought together members of leading NGOs from across OSCE region, representatives of the academic community, and former OSCE staff to assess the state and future of the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE). In light of intensifying international crises, democratic backsliding, and internal institutional paralysis, the initiative seeks to evaluate how the OSCE can be revitalised to meet today's security, environmental, and human rights challenges.

The Swiss Helsinki Committee is an active participant in this reflection process, which is coordinated by the OSCE-wide NGO-network the Civic Solidarity Platform (CSP). The initiative is both a critical stocktaking exercise and a forward-looking effort to formulate concrete, actionable recommendations for the OSCE and civil society, involved in the realisation of the Helsinki principles, while ensuring that civil society remains a vital voice in shaping the organisation's future.

A Platform for Reflection

Launched in 2024, the Helsinki+50 reflection process responds to growing frustration with the

OSCE's weakened ability to act. Its consensus-based decision-making has led to gridlock when participating States have increasingly divergent positions, while some of them openly undermine the organisation's founding principles—peaceful dispute resolution, territorial integrity, and respect for human rights.

At the heart of the initiative is a series of five expert seminars held in Warsaw, Helsinki, Berlin and Vienna, each addressing a different thematic dimension of the current crisis. The seminars are designed to foster inclusive dialogue, harness the expertise of civil society and academia, and

articulate ideas for a renewed OSCE fit for a dramatically changed geopolitical context.

Five Seminars, Five Lenses on the Crisis

The first seminar examined **civil society's role in the implementation of the Helsinki principles and discussed ideas on expanding civil society's engagement with the OSCE**. Participants highlighted the erosion of civic space in many OSCE participating States, shared experiences of civil society playing a key role in the implementation of the Helsinki principles in different contexts, stressed the importance of safeguarding independent civil society access to OSCE mechanisms and programmes, and developed recommendations on how OSCE bodies should respond to shrinking civic space and attacks on NGOs and activists.

The second seminar, **“Environmental security and the OSCE”**, discussed the OSCE work in the second dimension, including both challenges and opportunities, looked at the climate crisis as an intersectional challenge, addressed civil society's role in ensuring environmental justice in various parts of the OSCE region, and developed extensive recommendations on making the OSCE work on environmental security and the climate crisis more effective in cooperation with civil society.

The third seminar focused on the **security dimension of the Helsinki process**, looking at areas such as conflict prevention, arms control, dialogue-building in times of tension, combating propaganda and disinformation, and accountability as a condition of just and sustainable peace. Participants discussed such questions as what has worked and what has failed in the OSCE work in the security field and how the role of the OSCE can evolve in the new situation and explored how civil society can contribute to the evolving security agenda, particularly where traditional diplomatic tools are failing or absent.

The fourth seminar—**“Civil society role in addressing security concerns”**—analysed the experience with taking on board civil society concerns in OSCE first dimension processes, discussed the interconnection between the first OSCE dimension and the second and third dimensions, pondered the question about future role(s) of the OSCE and possible scenarios of its evolution, and addressed prospects for civil society influencing peace and security processes in the context of ending the war in Ukraine, in particular with respect to human rights and accountability considerations, and developed recommendations to both the OSCE and civil society on the work in the security area.

The fifth and final seminar, **“Reclaiming and reshaping civil society space for action on comprehensive security”**, analysed the threats to

civil society, including impact of the current geopolitical changes in the world, and looked to the future. Participants discussed how civil society can remain resilient under pressure and continue to play a strategic role in shaping policy, despite mounting political constraints. Participants elaborated recommendations on strengthening civil society and limiting dependence on government and major private foundations funding, new organisational models, changes in advocacy work, and broader public engagement on human rights and the Helsinki principles.

Toward Helsinki 2025

Each seminar has generated a summary report with key findings and recommendations. These will feed into a final policy document to be presented at a high-level conference in the summer of 2025 organised by the Finnish OSCE Chairpersonship. The aim is to present a shared civil society vision for a revitalised OSCE—one that is not only more effective and capable of responding to new challenges, but more committed to the values of the Helsinki Final Act.

The Role of Civil Society

The Helsinki+50 initiative reaffirms that civil society is not a passive observer but a critical actor in shaping the future of cooperative and comprehensive security in the OSCE region. Through monitoring, advocacy, and direct engagement in OSCE activities, civil society holds institutions and participating States accountable and ensures that the principles of the Helsinki Final Act remain relevant and respected.



Bild Civic Solidarity Platform

As an active member of the reflection process, the Swiss Helsinki Committee will continue to contribute to these conversations and promote the resulting recommendations in national and international forums. In doing so, it remains committed to the Helsinki legacy of peace, democracy, and human rights—values that are more vital than ever in a time of global uncertainty.

Natascha Cerny Ehtesham, Vorstandsmitglied

DIE SHV IM ZEICHEN VON WANDEL, VISION UND VORHABEN

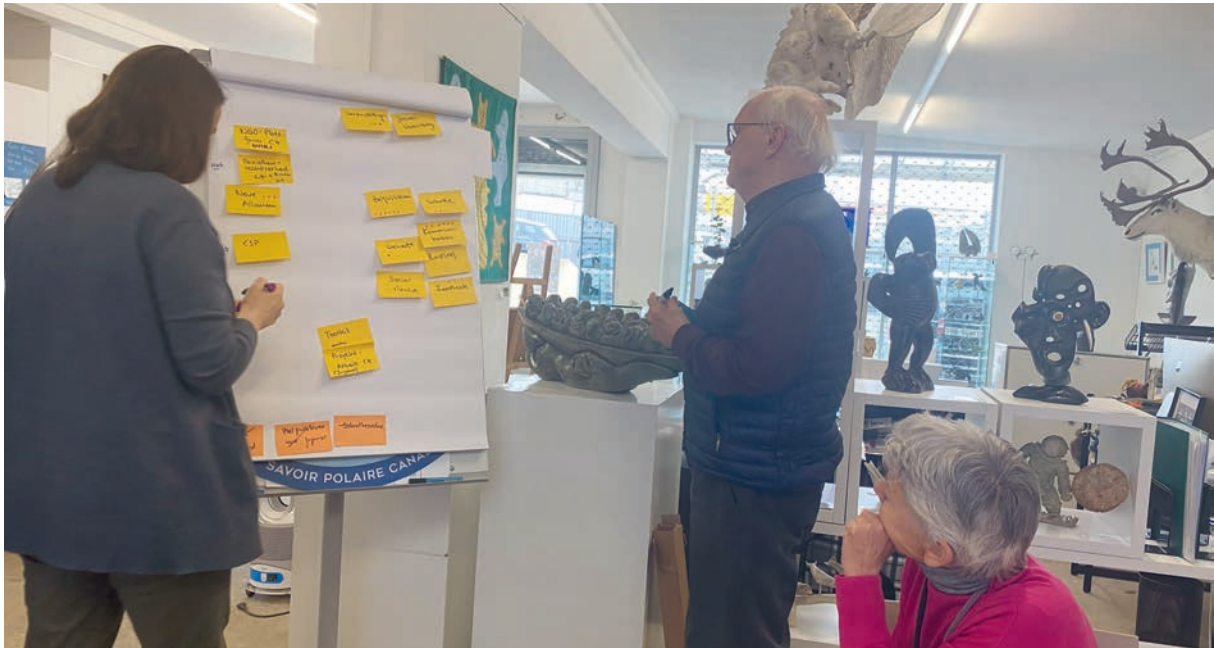


Bild SHV

Ein Rückblick auf den zweiten Zukunftsworkshop der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung, Bern, 17. März 2025

Wie kann eine zivilgesellschaftliche Organisation wie die Schweizerische Helsinki-Vereinigung (SHV) auf eine zunehmend volatile Welt reagieren? Welche Rolle kommt ihr angesichts internationaler Umbrüche, autoritärer Tendenzen und multipler Krisen zu? Und wie lassen sich aus Erfahrungen und Netzwerken neue Wege für die Zukunft entwickeln? Diesen Fragen widmete sich der zweite Zukunftsworkshop der SHV, der am 17. März 2025 im Museum MCCA in Bern stattfand. Ziel war es, nicht nur an die Diskussionen des ersten Workshops anzuknüpfen, sondern in konzentrierter, produktiver Atmosphäre zu klären, wie die SHV künftig wirken kann – inhaltlich, strategisch, strukturell.

Moderiert wurde der Workshop von Matthias Ryffel, der mit seiner breiten Erfahrung in der Prozessbegleitung zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Schweiz für eine klare Struktur und einen geschützten Rahmen sorgte. Schon die Einstiegsrunde machte deutlich: Die Mitglieder des Vorstands teilen das Bewusstsein, dass es in einer Zeit zunehmender Polarisierungen und schrumpfender Handlungsspielräume neue Formen der Zusammenarbeit, Kommunikation und Positionierung braucht. Die internationale Menschenrechtsarbeit steht unter Druck – umso wichtiger ist es, bestehende Werte zu stärken, tragfähige Kooperationen zu pflegen und die eigene Rolle kritisch zu reflektieren.

Gleich zu Beginn rückte die globale Grosswetterlage ins Zentrum: Die weltweit sichtbaren autoritären Entwicklungen, die zunehmende Belastung für Menschenrechtsverteidiger:innen, aber auch das Sparen auf Kosten zivilgesellschaftlicher Arbeit. Doch statt in Resignation zu verfallen, entstand ein gemeinsames

Bewusstsein für das Gegenteil: Die SHV will sich auch künftig als Stimme für Menschenrechte, Frieden und Stabilität in Europa und darüber hinaus einbringen – mit Bedacht, aber auch mit Entschiedenheit.

Ein wichtiger Referenzpunkt während der Diskussionen war die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Schweiz wird im Jahr 2026 erneut den OSZE-Vorsitz übernehmen – zum dritten Mal nach 1996 und 2014. Bereits ab Anfang 2025 ist sie Teil der sogenannten „Troika“ – jenem Leitungsgremium, das die Zusammenarbeit der gegenwärtigen, vorherigen und zukünftigen Vorsitzstaaten koordiniert. Diese Verantwortung fällt in eine Zeit, in der die OSZE durch die geopolitische Lage stark unter Druck steht. Für die SHV ergibt sich daraus ein konkretes Arbeitsfeld: Die zivilgesellschaftliche Begleitung und Reflexion des Schweizer Vorsitzes. Ziel ist es, mit Partner:innen – national wie international – in Austausch zu treten, um Impulse für eine aktive menschenrechtliche Agenda im Rahmen der OSZE zu geben.

Strategien und Ziele

Die SHV versteht sich als Plattform für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie insbesondere im OSZE-Raum. Ihre Vision lautet, diesen Grundwerten Raum zu geben – durch Veranstaltungen, gezielte Kommunikation, Informationsarbeit und die Förderung eines intergenerationellen Dialogs. Im Workshop wurden Vision und Mission überarbeitet, bestehende Instrumente evaluiert und neue Ziele formuliert. Dazu zählt unter anderem die Gründung einer Arbeitsgruppe „OSZE“, die sich der inhaltlichen Begleitung und Auswertung des Vorsitzjahres widmen soll.

Ziel ist dabei nicht, alles selbst zu stemmen, sondern gezielt mit Organisationen zu kooperieren, mit denen gemeinsame Werte und Anliegen geteilt werden. Die SHV will als Impulsgeberin wirken – mit pointierten Beiträgen, Veranstaltungen und einem offenen Ohr für neue Ideen und Zusammenarbeit.

Ein Fokus des Workshops waren künftige Veranstaltungen. Die SHV will gezielter Themen setzen – etwa rund um das 50-jährige Jubiläum der KSZE-Schlussakte von Helsinki in diesem Jahr oder den Schweizer OSZE-Vorsitz 2026. In Kleingruppen wurde an einem Aktionsplan gearbeitet, der sowohl kurz- als auch mittelfristige Schritte benennt. Deutlich wurde: Der Vorstand bringt viel Fachwissen und Erfahrung mit – jetzt gilt es, dieses Wissen strukturiert zu erfassen, zu bündeln und strategisch einzusetzen.

Eine Organisation mit Geschichte – und Zukunft

Am Ende des Workshops stand das klare Bekenntnis, die eigene Arbeit weiterzuentwickeln, sich offen mit Fragen der Wirksamkeit, Anschlussfähigkeit und Kommunikation auseinanderzusetzen – und dabei den Mut zu bewahren, auch unbequeme Fragen zu stellen. Die SHV blickt auf eine lange Geschichte

glaubwürdiger Menschenrechtsarbeit zurück. Heute geht es darum, diese Geschichte weiterzuschreiben – in einer Zeit, in der demokratische Errungenschaften nicht selbstverständlich sind.

Was es dafür braucht? Klarheit über Werte und Ziele, strategisches Denken, Offenheit und Zusammenarbeit – innerhalb der SHV, mit ihren Partner:innen aus Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit.



Bild SHV

Sie möchten sich einbringen?

Wir freuen uns über Rückmeldungen, Anregungen und Unterstützung – und laden Sie herzlich zu unseren kommenden Veranstaltungen ein.



SPENDENAUFRAF

Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5
Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg – Vermerk Spende

Auch mit dem QR-Code können Sie über Ihren gewohnten Kanal bezahlen: per E-Banking, per Zahlungsauftrag an Ihre Bank, am Postschalter oder am Einzahlungsautomaten. Der QR-Code enthält alle wichtigen Zahlungsinformationen und ist digital lesbar – zum Beispiel mit dem Smartphone oder einem Belegleser.

VERANSTALTUNG ZU “DECOLONIAL DISCOURSES IN KYRGYZSTAN” MIT DR. ZARINA URMANBETOVA



Dr. Zarina Urmanbetova

Bild SHV

Am 2. April 2025 organisierte die Schweizerische Helsinki-Vereinigung einen Vortrag von Dr. Zarina Urmanbetova (Geneva Graduate Institute) zu dekolonialen Diskursen in Kirgistan. In der ehemaligen Sowjetrepublik wird seit Jahren über die Dekolonisierung diskutiert. Auslöser dieser Debatten sind koloniale und sowjetische Politiken, die bis heute Auswirkungen auf das Alltagsleben und die kollektive Erinnerung haben.

Die Veranstaltung fand in der Aula des Asien-Instituts der Universität Zürich statt, in Zusammenarbeit mit foraus (Forum Aussenpolitik), dem Swiss-Kyrgyz Club sowie Tazar Switzerland. Im Folgenden fasst Dr. Zarina Urmanbetova die wichtigsten Punkte ihres Vortrags zusammen.

Decolonial discourses in Kyrgyzstan, though accelerated by the 2022 Russo-Ukrainian war, have a longer history.

In my presentation, I highlighted three significant aspects of the colonial impact that led to decolonial discourses in Kyrgyz society.

I started with the historical colonization of Central Asia by Tsarist Russia, its lasting impacts, and the region's active resistance, including revolts, cultural movements, and everyday acts of defiance. I also

introduced my great-grandfather, Mukai Elebaev, a Kyrgyz poet and writer whose novel *Uzak Zhol* [Kyrgyz for “A Long Way”] vividly portrays life under Russian colonial rule, particularly during the 1916 Central Asian Revolt. This revolt, known as *Ürkün*, led to the exodus of approximately 250,000 Kyrgyz to Kashgaria, China, resulting in significant mortality.

The Stalinist repressions, the Great Purge, of the 1930s also impacted Kyrgyz society and their perception of the colonial past. The discovery of the *Ata-Beyit* [Kyrgyz for “Grave of our Fathers”] mass grave site in 1991 shed light on the executions of political and intellectual elites of the Soviet Kyrgyz Republic. Today, Kyrgyzstan commemorates these events through national holidays, historical remembrance, and efforts to rehabilitate victims of political repression. Therefore, the theme of Stalinist repression is the second most prominent in decolonial discourses among the Kyrgyz.

The Soviet narrative about Tsarist colonization of Central Asia shifted from “absolute evil” to “lesser evil” and eventually “absolute good,” portraying Russian rule as beneficial. This narrative, along with the dominance of the Russian language, led to the marginalization of the Kyrgyz language and culture. Despite the adoption of a law promoting the Kyrgyz language in 1989, Russian remains an official language, sparking debates about its status and the promotion of the Kyrgyz language, particularly among youth.

Mit ca. 40 Gästen war die Veranstaltung gut besucht, die Rückmeldungen waren ausschliesslich positiv. Bei der anschliessenden Diskussionsrunde meldeten sich insbesondere Vertreterinnen und Vertreter zentralasiatischer Diaspora zu Wort, um beispielsweise über den Stellenwert der kirgisischen Sprache im heutigen Alltag oder über in Lehrmitteln verbreitete Narrative zu diskutieren.

Abgerundet wurde die Veranstaltung von einem kleinen Apéro.



Bild SHV

SHV-VORSTAND

Sybille Suter Tejada, lic.iur., ehem. Botschafterin der Schweiz in Nordmazedonien, *Co-Präsidentin*

Berenika Zeller, M.A. Eastern European Studies, Doktorandin Universität Bern, *Co-Präsidentin*

Marie-Ursula Kind, lic. iur., LL.M., Theologin, ehemalige juristische Mitarbeitende des ICTY, *Vizepräsidentin*

Natascha Cerny Ehtesham, M.A., Stv. Direktorin, Museum of Contemporary Circumpolar Art MCCA

Michèle Häfliger, M.A. Eastern European Studies, Doktorandin Universität Bern

Berry Kralj, lic.iur., Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section, Caritas Schweiz

Sebastian Niessen, Psychologe, Völkerrechtler und Kulturwissenschaftler

Franziska Rich, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Forum RGOW –

Religion & Gesellschaft in Ost und West

Rolf Stücheli, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA

EHRENPRÄSIDIUM

Marianne von Grünigen, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

Christoph Lanz, Dr. iur., ehemaliger Generalsekretär der Bundesversammlung

SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

SHV-Sekretariat, Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg, info@shv-ch.org

www.shv-ch.org